



Inhaltsverzeichnis

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH	3
10.07.2025 DIE WELT: Neue Atomtransporte stürzen Grüne in eine Glaubwürdigkeitskrise	3
09.07.2025 Braunschweiger-Zeitung.de: Beschäftigtenzahl: Diese Firma im Kreis Peine vergrößert sich enorm	5

Neue Atomtransporte stürzen Grüne in eine Glaubwürdigkeitskrise

Bald könnte viel radioaktiver Müll durch Nordrhein-Westfalen gefahren werden. Und das, obwohl die Landesregierung versprochen hatte, solche Touren zu vermeiden

Anti-Atom-Gegner warnen seit Längerem vor einem Szenario, das bald Realität werden könnte: Zahlreiche neue Lkw-Transporte mit Atommüll sollen quer durch Nordrhein-Westfalen rollen. Wie solche Lieferungen konkret aussehen könnten, zeigt die Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN) beispielhaft in Videos einer Probefahrt aus dem Jahr 2023: Ein Sattel-schlepper zieht einen langen Anhänger mit einem Schutzbehälter, eskortiert von zahlreichen Polizeiwagen.

152 Castor-Behälter mit fast 300.000 abgebrannten Kugelelementen lagern am ehemaligen Versuchsreaktor in Jülich und sollen ins rund 170 Kilometer entfernte Zwischenlager in Ahaus gebracht werden. Dazwischen liegt einer der größten Ballungsräume Europas. Die JEN hat dafür 152 Einzeltransporte beantragt.

Diese könnten nach Ermessen der Polizei auch gebündelt erfolgen. Insgesamt könnten bis zu zwei Jahre vergehen, bis alle Kugeln nach Ahaus gebracht sind.

Zuständig für die Genehmigung ist das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE). Auf WELT-Anfrage teilt das Amt mit, dass ein Abstimmungsprozess mit dem übergeordneten Bundesumweltministerium laufe und die Genehmigung „im Sommer 2025“ erteilt werden könnte.

Das Lagerproblem in Jülich ist seit Jahren ungelöst. Zwischen Bund und Land hakt es immer wieder bei der Abstimmung – auch wegen unterschiedlicher Auffassungen, was mit dem radioaktiven Material geschehen soll. 2013 lief die Genehmigung für das bestehen-

de Zwischenlager aus, weil es neueren Sicherheitsstandards nicht mehr genügte. 2014 ordnete die damalige rot-grüne NRW-Landesregierung die Räumung an. Ein Transport ins Zwischenlager Ahaus war zunächst nicht möglich, da die Stadt und ein Anwohner Klage einreichten.

Bis zum Abschluss des Verfahrens stellte der Bund eine Transportgenehmigung zurück. Ende 2024 entschied das Oberverwaltungsgericht NRW letztinstanzlich, dass ein Transport zulässig sei. Seither ist auf Bundesebene eine neue Dynamik zu beobachten.

Die Transporte nach Ahaus wären politisch heikel für Nordrhein-Westfalens Landesregierung von Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) und seiner Stellvertreterin Mona Neubaur (Grüne). Für die Polizei bedeuten sie eine enorme logistische und sicherheitspolitische Belastung, denn auch Sabotageakte und Proteste müssen einkalkuliert werden. Die Probefahrt Ende 2023 hat gezeigt, dass im Ernstfall mit mehreren Dutzend Mannschaftswagen pro Transport zu rechnen ist. Zugleich bringt das Vorhaben die Wüst-Regierung – insbesondere die Grünen – in eine Glaubwürdigkeitskrise. 2027 steht die nächste Landtagswahl an. Atomtransporte mitten im Wahlkampf könnten die Ausgangslage für die Grünen erheblich erschweren. Proteste sind zu erwarten, insbesondere in Ahaus, aber möglicherweise auch entlang der geheim gehaltenen Transportrouten.

Dabei hatte sich das schwarz-grüne Bündnis 2022 im Koalitionsvertrag auf eine andere Priorität verständigt: „Wir setzen uns für eine Minimierung von

Atomtransporten ein. Das gilt auch für Transporte aus anderen Bundesländern. Im Fall der in Jülich lagernden Brennelemente bedeutet dies,

dass wir die Option eines Neubaus eines Zwischenlagers in Jülich vorantreiben.“ Dieser Anspruch wurde zumindest zeitweise erfüllt: Die Zahl der Transporte von Kernbrennstoffen und sonstigem radioaktivem Abfall durch NRW halbierte sich von 919 im Jahr 2022 auf 458 im Jahr 2023. Doch im Jahr 2024 wurde ein Anstieg auf insgesamt 650 Fahrten registriert.

Die Idee eines neuen Zwischenlagers in Jülich für die 152 Castor-Behälter ist bislang jedoch kaum konkretisiert worden. Das Land betont zwar, einige Vorarbeit geleistet zu haben. Auf WELT-Anfrage heißt es aus dem Haus von Wirtschaftsministerin Neubaur, die Lagerung am Standort Jülich in einem noch zu bauenden Zwischenlager sei „die tragfähigere Alternative zu einem Transport“. Man habe auch Haushaltsmittel für den Erwerb von Grundstücken zur Unterstützung des Neubaus eingeplant. Dafür müsste der Bund einem Flächenkauf zustimmen, sich maßgeblich an den Kosten beteiligen und zudem eine Aufbewahrungsgenehmigung für das bestehende Zwischenlager zur Überbrückung erlassen. Das Neubaur-Ministerium betont, dass die Hauptverantwortung für die Lösung beim Bund liege.

Der Bund wiederum betrachtet inzwischen den Transport nach Ahaus als die vorzugswürdigere Option – weil schneller umsetzbar und deutlich günstiger. Der Bau eines neuen Zwischenlagers in Jülich sowie die Unterhaltskosten über

mindestens 50 Jahre würden laut Schätzungen rund 550 Millionen Euro betragen, die Bauzeit mehrere Jahre. Dagegen sollen die Vorbereitungs- und Transportkosten bei rund 90 Millionen Euro liegen – ohne Polizeikosten. Der Haushaltsausschuss des Bundestages – auch mit Zustimmung der Grünen – sprach sich Ende 2022 deshalb für die Transportvariante aus, „falls das Land Nordrhein-Westfalen (NRW) die Mehrkosten eines Neubaus in Jülich nicht tragen möchte“. Eine entsprechende Absichtserklärung des Landes sei der Bundesregierung jedoch nicht bekannt, erklärte Staatssekretärin Claudia Müller (Grüne) im April 2025 auf eine Anfrage der Linke-Fraktion.

Für die SPD-Opposition im Landtag ist das ein klares Zeichen, dass die schwarz-grüne Landesregierung es mit ihrer politischen Priorität, den Atom-müll in Jülich zu belassen, nicht ernst meine. Ministerin Neubaur habe „keine einzige Initiative übernommen, eine Neubauoption in Jülich auch nur voranzutreiben“, kritisiert SPD-Fraktions-vize André Stinka. Für den Neubau gebe es weder einen Genehmigungsantrag noch ein erdbebensicheres Konzept. Die Gegner der Transportvariante führen weitere Argumente an: Das Zwischenlager in Ahaus verfügt über keine sogenannte „heiße Zelle“, also keine Einrichtung, in der beschädigte Castorbehälter geöffnet oder radioaktive Stoffe umgelagert werden könnten. Im Schadensfall müsste ein solcher Behäl-

ter an einen geeigneten Ort gebracht werden, etwa zurück nach Jülich. Das BASE betont jedoch, dass bislang noch nie ein Castorbehälter geöffnet werden musste. Zudem gebe es technische Alternativen zur „heißen Zelle“, die sich in der Praxis bewährt hätten.

Ein weiterer Kritikpunkt: Das Zwischenlager Ahaus ist derzeit nur bis 2036 genehmigt. Der Betreiber hat jedoch angekündigt, rechtzeitig eine Anschluss-genehmigung zu beantragen. Ahaus erwartet zudem weitere Castorbehälter aus anderen Forschungsreaktoren. Es ist mit einer Betriebsdauer von einigen Jahrzehnten auszugehen – bis ein End-lager zur Verfügung steht.

Wörter:	884	Jahrgang:	2025
Autor/-in:	VON KRISTIAN FRIGELJ	Nummer:	131
Seite:	5 bis 5	Ausgabe:	Hauptausgabe
Rubrik:	AUF EINEN BLICK	Auflage:	72.226 (gedruckt) ¹
Medienkanal:	PRINT		92.119 (verkauft) ¹
Mediengattung:	Tageszeitung		115.689 (verbreitet) ¹
Medientyp:	PRINT	Reichweite:	0,98578 (in Mio) ²

¹ IVW 1/2025
² AGMA ma 2024 Tageszeitungen

Peiner Geschäftswelt

Beschäftigtenzahl: Diese Firma im Kreis Peine vergrößert sich enorm

Ein bundeseigenes Unternehmen hat die Anzahl seiner Mitarbeiter fast verdoppelt – und sucht weiter Arbeitskräfte. Tätig ist es in einem ungewöhnlichen Gebiet.

Harald Meyer

Die Schachanlage Asse II, das Endlager Morsleben und die Schachanlage Konrad als das erste nach Atomrecht genehmigte Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle in Deutschland: Diese schlagzeilenträchtigen Aufgabengebiete sorgen dafür, dass auch ein bundeseigenes Unternehmen hinlänglich bekannt ist, das für die Aufbewahrung solcher radioaktiver Abfälle sorgt: die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) mit ihrer Zentrale in Peine.

Die Einlagerung von Atommüll, die über Jahrtausende sicher sein soll – sie ist eine Mammut-, eine Generationenaufgabe. Eine Aufgabe, der sich die BGE verschreibt und die dafür sorgt, dass sie in puncto Mitarbeiterzahl so stark gewachsen ist in den zurückliegenden Jahren wie wohl kein anderer Arbeitgeber kreisweit: „Als wir mit unserer Bundesgesellschaft 2017 gestartet sind, hatten wir hier in Peine rund 460 Beschäftigte – heute sind es alleine in dieser Stadt etwa 800“, vergleicht die Geschäftsführerin und Arbeitsdirektorin Marlis Koop. Gegründet hat sich die BGE im Jahr 2016 nach einem Beschluss der damaligen Bundesregierung (CDU/CSU und SPD), wobei der Sitz auf politischen Wunsch unbedingt in unserer Region (Standort von Asse II und Schacht Konrad) sein sollte – Peine ist es dann geworden.

„Wir bieten sichere und krisenfeste Jobs an“: So begründet die Arbeitsdirektorin die Tatsache, dass es der BGE

bisher immer gelungen ist, die vielen zusätzlichen Mitarbeiter auch für sich gewinnen zu können – selbst in Zeiten des Personalmangels/Fachkräftemangels. Jedenfalls hat das Bundesunternehmen angesichts der wachsenden Beschäftigtenzahl seinen Hauptsitz an der Eschenstraße (inzwischen vier Etagen) in Peine bereits erweitert, hat sich zusätzlich im Stadtgebiet mehrere Etagen im Sparkassen-Gebäude an der Celler Straße sowie im Unternehmenspark an der Woltorfer Straße (im Gebäudekomplex, in dem derzeit auch die Polizei untergebracht ist) eingemietet. Die Tochter BGE Technology (Beratungs- und Ingenieurunternehmen) ist zudem in Peine auch in der Beethovenstraße ansässig – im obersten Stockwerk des Sparkassengebäudes.

Doch zurück zu den Jobs: „Bei uns gibt es kaum einen Beruf, den wir nicht anbieten“, ist Dr. Heike Sanden, BGE-Bereichsleiterin Personal in Peine, überzeugt und zählt auf: Strahlenschützer, Geowissenschaftler, Chemiker, Ingenieure, Juristen, Betriebswirtschaftler, Archivare und so weiter. Den Eindruck, in der Bundesgesellschaft – es ist im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Klimaschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) tätig – seien vor allem akademische Berufe gefragt, also Mitarbeiter mit abgeschlossenem Studium, wischt Marlis Koop beiseite: „Wir suchen auch Interessenten ohne Studium, also Bewerber mit Realschulabschluss oder Fachabitur/Abitur.“ Beispiele sind Elektroni-

ker, Industriemechaniker, Bergbautechnologen und Fachinformatiker.

Abgesehen davon, dass die BGE nach eigenem Bekunden ihre Mitarbeiter tarifgebunden zahlt, spricht die Arbeitsdirektorin von „langfristigen Jobs“, denn: „Die Entsorgung des atomaren Abfalls ist eine Aufgabe, die uns noch viele Jahrzehnte beschäftigen wird.“ Ein Blick zurück: Im Jahr 2011 hat Deutschland den schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen, im April 2023 sind bundesweit die letzten drei Atomkraftwerke abgeschaltet worden. Dieser Atomausstieg, darin sind sich Marlis Koop und Dr. Heike Sanden einig, sei ein guter Entschluss, um „nicht immer neuen Atommüll zu produzieren“.

Wie sehr die BGE noch gebraucht wird, lässt sich auch daran ablesen, dass sie zudem für die bundesweite Suche nach einem Endlager-Standort für hochradioaktive Abfälle im tiefen Untergrund zuständig ist – und die wird ebenfalls noch einige Jahrzehnte dauern.

Nicht ohne Bedeutung für die BGE-Mitarbeiter dürfte sein: „Der Ausstieg aus der Atomenergie wird in der Bevölkerung als gesellschaftliche Aufgabe anerkannt“, unterstreicht Marlis Koop. In aller Regel, und darin stimmt ihr die Peiner Bereichsleiterin zu, stehe die Bevölkerung der Arbeit der BGE positiv und aufgeschlossen gegenüber. Das mag auch ein wichtiger Grund dafür sein, dass „wir mit großer Begeisterung und Leidenschaft“ bei der Arbeit seien, setzt die Geschäftsführerin hinzu: „Bei uns gibt es wenig Fluktuation.“ Und das

trotz des Personalmangels/Fachkräftemangels. Aufhorchen lässt sie mit diesem Satz: „Mehr als 50 Prozent unserer Beschäftigten in Peine wohnen im Kreisgebiet.“ Sämtliche Mitarbeiter seien in der Region beheimatet: „Wir sind

ein regional sehr verwurzelt Unternehmen.“

Apropos Sicherheit, die bei der Endlagerung eine herausragende Bedeutung hat: Auch in ihren Gebäuden spielt sie für die BGE die eine gewichtige Rolle.

„Wir wissen schon ganz gerne, wer sich bei uns gerade aufhält“, räumt die Geschäftsführerin ein: „Aber Sicherheitsvorkehrungen gibt es inzwischen bei jedem Unternehmen.“

Wörter:	780	Jahrgang:	2025
Autor/-in:	Harald Meyer	Ausgabe:	Einzelausgabe
Ressort:	Online	Visits (VpD):	214.974 ¹
Medienkanal:	ONLINE	Unique Users (UUpD):	20.000 ²
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		

Weblink: <https://www.braunschweiger-zeitung.de/niedersachsen/peine/article409426903/beschaefitzenzahl-keiner-in-peine-explodiert-sie-wie-diese-firma.html>

¹ von PMG gewichtet 02-2024

² gerundet agof ddf Ø-Tag 2023-01 vom 08.03.2023, Gesamtbevölkerung 16+